

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

11.11.2021

Inhalt

EWN

1 Streit in der EU um Atomkraft <i>DIE WELT, 11.11.2021</i>	3
2 AKW-Schutt: Deponie Johannistal klagt <i>Lübecker Nachrichten - Lübecker General-Anzeiger, 11.11.2021</i>	5

Streit in der EU um Atomkraft

Frankreich will, dass Kernenergie als nachhaltig gilt. Österreich warnt vor diesem Schritt

Im Kampf um die Zukunft der Atomkraft in der EU nehmen die Kernkraftgegner einen letzten Anlauf. In den vergangenen Tagen haben Kritiker sich noch einmal zu Wort gemeldet - der Grünen-Europapolitiker Sven Giegold etwa oder die amtierende Bundesumweltministerin Svenja Schulze. Beide haben davor gewarnt, Atomkraft auf EU-Ebene zur nachhaltigen Energieform zu erklären. Ihnen läuft die Zeit davon.

Es geht um einen Streit, der die EU seit Monaten spaltet: Ist Atomkraft im Kampf gegen den Klimawandel eine nachhaltige Option? Für die Atomindustrie - allen voran die französische - entscheidet diese Festlegung über die wirtschaftliche Zukunft. Und für viele Staaten geht es um den Energiemix für die kommenden Jahrzehnte. Die Entscheidung ist Teil der sogenannten Taxonomie, einer Art grüner Bibel, die definieren soll, welche Investitionen klimafreundlich sind. Die Festlegung wird in den kommenden Jahren maßgeblich beeinflussen, wohin Milliarden von Anlegergeldern und EU-Fördermitteln fließen werden - und wohin nicht.

Zwar wird diese Frage bereits seit zwei Jahren diskutiert, jetzt aber läuft die Uhr für die Atom-Gegner. Seit dem EU-Gipfel Ende Oktober müssen sie davon ausgehen, dass die Europäische Kommission in Sachen Atomkraft und Erdgas bereits in diesen Wochen vollendete Tatsachen schaffen will. Es geht darum zu entscheiden, bevor in Deutschland eine neue Bundesregierung eingeschworen wird, der die Grünen angehören - mit denen ein Nachhaltigkeitslabel für Kernkraft nicht zu machen sein wird. Noch-Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident Emmanuel Macron haben auf dem Gipfel offenbar verabredet, das derzeitige machtpolitische Interregnum in Berlin zu nutzen, um auf EU-Ebene die Weichen dafür zu stellen, dass in den kommenden Jahren Milliarden in Infrastruktur für Atomkraft und Erdgas fließen können. Es ist wohl Merkels letzter großer EU-Coup.

Eine Erklärung und ein Tweet von Kommissionspräsidentin von der Leyen signalisierten nach dem Gipfel, worauf sich Deutschland und Frankreich geeinigt

haben: "Wir brauchen auch eine stabile Quelle, Atomenergie, und im Übergang natürlich Erdgas", sagte die Politikerin. "Deshalb werden wir unseren Vorschlag für die Taxonomie vorlegen." Die Übersetzung der Beobachter: Atomstrom wird dauerhaft auf viele Jahrzehnte als nachhaltig gelten, Erdgas zumindest für die kommenden Jahre des Übergangs.

In Deutschland wird Erdgas als wichtiger Energielieferant beim Übergang auf klimaneutrale Energiequellen gesehen; sowohl in der Union als auch in der FDP und Teilen der SPD. Selbst Grünen-Politiker haben zuletzt signalisiert, dass sie neuen Erdgaskapazitäten nicht im Wege stehen werden, die beim Übergang helfen werden.

Politiker aller Parteien stehen angesichts der hohen Energiepreise unter Druck. Sie müssen fürchten, dass sich Phasen mit hohen Energiepreisen wie im Moment in den kommenden Jahren auf dem Weg zur Klimaneutralität wiederholen werden. Erdgas könnte dabei eine wichtige Funktion als Puffer haben, der solche Preisspitzen abfedert. Vertreter von Österreich und Luxemburg, die auf EU-Ebene vehement gegen Atomkraft kämpfen und bisher Deutschland an ihrer Seite wussten, reagierten verschnupft auf den augenscheinlichen Deal von Merkel und Macron. "Österreich ist traditionell gegen Atomenergie und wir werden in der EU weiter gegen Kernkraft kämpfen", sagte etwa der österreichische Finanzminister Gernot Blümel zu WELT.

Der Politiker warnt die EU-Kommission davor, Atomkraft für nachhaltig zu erklären "Wenn die EU-Kommission Investitionen in Kernkraft als nachhaltig erklärt, macht sie einen gewaltigen Fehler. Grüne Anleihen, mit denen Atomkraftwerke finanziert werden, wird niemand auf den Finanzmärkten ernst nehmen", sagt der ÖVP-Politiker. "Eine Taxonomie mit Atomkraft wäre ein klassischer EU-Kompromiss, wo alle Beteiligten wissen, dass der Beschluss nichts wert ist. Europa würde so eine Taxonomie bekommen, die niemand ernst nimmt."

Rückendeckung bekommen er und andere Atomkraftgegner jetzt von Forschern des Centrums für Europäische Politik (CEP). Ökonomen der Denkfabrik stellen sich in dem Richtungsstreit um Atom und Gas auf keine der beiden Seiten, warnen aber in einer bisher unveröffentlichten Analyse aus ganz grundsätzlichen Erwägungen vor den EU-Plänen. Die Forscher erwarten, dass eine Taxonomie, die Atomenergie und Erdgas als nachhaltig erklärt, wenig bringt. "Eine Hauptschwäche der grünen Taxonomie ist: Die Ansichten, was unter "nachhaltigen" Tätigkeiten zu verstehen ist, klaffen weit auseinander, etwa bei Atomkraft und Erdgas", heißt es in dem Papier, das WELT vorliegt. "Egal welche Technologien die Kommission in die grüne Taxonomie zusätzlich aufnimmt oder ausschließt; es wird immer Akteure geben, die das Ergebnis als Missachtung ihrer Vorstellung von Nachhaltigkeit sehen und der Taxonomie damit wenig Vertrauen schenken werden", sagt CEP-Ökonom Philipp Eckhardt.

Er plädiert dafür, ganz auf das Vorhaben zu verzichten. Weil es kein objektives oder einheitliches Verständnis von Nachhaltigkeit gebe, sei es nicht angebracht, dass

der Staat entsprechende Label verteile. Stattdessen sollten Banken, Versicherungen und andere Investoren eigene Regeln entwickeln, die zu ihren Vorstellungen passen.

"Es gibt keine Notwendigkeit für eine hoheitliche Definition von Nachhaltigkeit, wie sie die grüne Taxonomie etabliert", sagt Eckhardt. "Es ist völlig legitim, nachhaltige Aktivitäten anhand unterschiedlicher Kriterien zu klassifizieren und im Falle von Konflikten zwischen verschiedenen Umweltzielen unterschiedlich zu gewichten." Anleger könnten beispielsweise die Klimavorteile und Risiken von Atomkraft für sich abwägen.

Die EU-Kommission arbeitet derzeit weiter an ihrem Vorhaben. Bis Ende des Jahres werde eine Einstufung vorliegen, versprach jüngst Energiekommissarin Kadri Simson. Die Taxonomie soll als Delegierter Rechtsakt veröffentlicht werden. Das würde bedeuten, dass die Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament nicht zustimmen müssen; sie könnten aber Einspruch erheben.

Lübecker Nachrichten

📰 Lübecker Nachrichten - Lübecker General-Anzeiger | 11.11.2021 | S. 13

📄 Auflage: 29.939 | Reichweite: 76.592

👤 Andreas Oelker

KERNKRAFTWERKS-RÜCKBAU

AKW-Schutt: Deponie Johannistal klagt

Landesamt schmettert Widerspruch gegen Zuweisung aus Brunsbüttel ab - Gremerisdorf wartet auf Reaktion

Der Kampf gegen die Zuweisung von 2310 Tonnen freigemessenem Schutt aus dem Rückbau des Atomkraftwerks Brunsbüttel - 900 Tonnen an die Abfallverwertungsgesellschaft (AVG) Johannistal in der Gemeinde Gremerisdorf, 1410 Tonnen an die Lübsche Deponie Niemark - geht in die nächste Runde. Die Hansestadt hatte bereits am 4. Oktober beim Verwaltungsgericht (VG) Schleswig Klage gegen die vom Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (LLUR) erfolgte Zurückweisung ihres Widerspruchs erhoben. Nun sieht sich auch die zur Gollan-Gruppe gehörende AVG zu diesem Schritt gezwungen.

Wie in Niemark: Widerspruch zurückgewiesen

In dem am 1. November versandten Bescheid des Landesamtes wurde der Widerspruch aus Johannistal laut LLUR-Sprecher Martin Schmidt „aus den gleichen Gründen zurückgewiesen wie bereits bei der Deponie Niemark“. Man habe dabei noch einmal die Gründe dargelegt, „warum diese beiden Deponien für die Tranche bis 2022 ausgewählt wurden und warum andere Deponien dafür nicht in Betracht kamen“.

Nach rechtlicher Prüfung wird in Schleswig geklagt

Dazu erklärt Thilo Gollan, Chef der gleichnamigen Firmengruppe, auf LN-Nachfrage: „Ich habe den kompletten Schriftsatz selbst noch nicht gesehen, aber unser Rechtsanwalt hat ihn schon einmal vorab zur Kenntnis bekommen.“ Man werde den Bescheid „jetzt natürlich rechtlich prüfen und dann juristische Mittel dagegen einlegen - so wie wir das immer gesagt haben“. Zuvor hatte AVG-Geschäftsführer Axel Guttman mit Blick auf den Gang nach Schleswig klargestellt: „Wenn unser Widerspruch abgelehnt werden sollte, werden wir natürlich den Klageweg beschreiten müssen.“

Für das Kieler Umweltministerium hatte sich schon im Lübecker Verfahren „nach Prüfung der Sach- und Rechtslage kein Anlass ergeben, den Bescheid aufzuheben oder zu ändern“. Eigentlich ist die Abfallwirtschaft Dithmarschen für den freigemessenen AKW-Bauschutt aus Brunsbüttel zuständig, hat aber keine Deponie zur Verfügung. Die Hansestadt hatte in ihrem Widerspruch geltend gemacht, dass das Land den Bauschutt auch auf die Deponie Großenaspe bei Neumünster bringen könne, zumal die Dithmarscher Entsorger mit dem dortigen Deponiebetreiber einen Vertrag hätten.

Land verweist auf große Kapazitäten in Niemark

Zudem hatte Lübeck auch auf die Deponie Harrislee verwiesen, die ebenfalls vom Land als geeignet eingestuft worden sei. Doch dazu hieß es landesseitig, dass Großenaspe fast schon voll sei, während Niemark noch fast 600 000 Kubikmeter frei habe. Und Niemark verfüge über eine „höhere Deponieklasse“ als Harrislee, könne also mehr Abfallarten aufnehmen, argumentierte das Land zudem.

Gemeinde Gremerisdorf wartet auf Reaktion

Diese Gemengelage treibt auch Henning Pries weiter um. Der CDU-Bürgermeister der Gemeinde Gremerisdorf, die im parallel geführten Kampf um die vom LLUR verwehrt Hinziehung zum Johannistal-Verfahren ebenfalls bereits als Klägerin in Schleswig vorstellig ist, sagt: „Wir warten noch auf die Reaktion auf unsere fristgerecht abgegebene Klagebegründung. Und wir hoffen weiter, dass der LLUR-Bescheid aufgehoben wird und wir dann gemeinsam mit der AVG Johannistal, in engem Kontakt mit der Gollan-Gruppe, gegen die Zuweisung vorgehen können.“

Drastisch reduzierte AKW-Schuttmengen

Angesichts zuletzt drastisch reduzierter AKW-

Schuttmengen - ursprünglich sollten 2022 bis zu 12 500 Tonnen in Lübeck und 5500 Tonnen in Gremersdorf deponiert werden - merkt Pries an: „Für uns ist es auch deshalb nicht nachvollziehbar, warum das LLUR die Deponie in Großenaspe so früh aus dem Spiel genommen hat.“ Zum Verfahrensstand heißt es aus Schleswig: „Die Klage der Gemeinde Gremersdorf gegen das Landesamt wurde im September erhoben. Daraufhin wurde dem Beklagten die Möglichkeit eingeräumt, auf die Klagebegründung zu erwidern.“

Zitat-Text:

„Wir hoffen weiter, dass der LLUR-Bescheid aufgehoben wird und wir dann gemeinsam mit der AVG Johannistal, in engem Kontakt mit der Gollan-Gruppe, gegen die Zuweisung vorgehen können.“ - Henning Pries, Gemeinde Gremersdorf

„Man wird den Bescheid jetzt natürlich rechtlich prüfen und dann juristische Mittel dagegen einlegen - so wie wir das immer gesagt haben.“ - Thilo Gollan, Chef der Gollan-Gruppe